

23. 05. 80

Sachgebiet 96

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen  
(14. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Tillmann, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Weiskirch (Olpe), Ernesti, Damm, Dreyer, Sick, Benz, Pfeffermann, Biehle, Dr. Stercken, Voigt (Sonthofen), Würzbach, Frau Krone-Appuhn, Handlos, Gierenstein, Stahlberg, Dr. Jobst, Hanz, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Frau Hoffmann (Hoya), Straßmeir, Bühler (Bruchsal), Dr. Friedmann, Jäger (Wangen), Dr. Fuchs, Weber (Heidelberg), Dr. Hennig, Löher, Dr. Stavenhagen und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU  
— Drucksache 8/3521 —

## **Europäische Flugsicherung**

### **A. Problem**

Der Fortbestand der Europäischen Flugsicherungsorganisation Eurocontrol ist gefährdet.

### **B. Lösung**

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich in internationalen Verhandlungen nachdrücklich für einen Fortbestand von Eurocontrol einzusetzen.

### **Einmütigkeit im Ausschuß**

### **C. Alternativen**

entfallen

### **D. Kosten**

entfallen

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. den Fortbestand und weiteren Ausbau der Kompetenzen von Eurocontrol in der europäischen Flugsicherung umgehend zum Gegenstand von Verhandlungen mit den beteiligten Ländern auf höchster politischer Ebene zu machen,
2. die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zur Verbesserung der Flugüberwachung in Europa von 1978 und 1979 soweit wie möglich und finanziell tragbar zum Maßstab ihres Handelns zu machen,
3. den Renationalisierungsbestrebungen in der europäischen Flugsicherung entschieden entgegenzuwirken,
4. den technologischen Vorsprung von Eurocontrol nicht nur nicht zu gefährden, sondern besonders auch im Hinblick auf die zivil-militärische Integration im nationalen Bereich verstärkt zu nutzen.

Bonn, den 14. Mai 1980

**Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

|                 |                  |
|-----------------|------------------|
| <b>Lemmrich</b> | <b>Ibrügger</b>  |
| Vorsitzender    | Berichterstatter |

## Bericht des Abgeordneten Ibrügger

Der in Drucksache 8/3521 enthaltene Antrag wurde in der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Februar 1980 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen federführend sowie dem Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seinen Sitzungen am 23. April und 14. Mai 1980 beraten.

Die seit 1963 bestehende übernationale Einrichtung Eurocontrol für ein gemeinsames europäisches Flugsicherungssystem ist in ihren exekutiven Funktionen und in ihrem weiteren Ausbau gefährdet. Die meisten der sieben Mitgliedsstaaten sind nicht bereit, dieser Organisation die Kontrolle ihres eigenen Luftraumes zu übertragen. Es besteht daher die Gefahr, daß das Übereinkommen bis März 1981 zum März 1983 gekündigt wird.

Der Ausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung auf internationaler Ebene bereits Verhandlungen eingeleitet hat mit der Absicht, den Fortbestand von Eurocontrol zu sichern. Die Ver-

handlungen haben das Ziel, insbesondere für die Kontrollzentrale Maastricht eine grenzüberschreitende Aufgabe auf dem Gebiete der Flugverkehrskontrolle unter Einbeziehung auch des niederländischen Luftraumes sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde eine Projektstudie in Auftrag gegeben. Auch für die Organisation insgesamt sollen neue und zusätzliche Aufgabenstellung (z. B. Verkehrsflußsteuerung) vorgesehen werden.

Der Ausschuß begrüßt diese Initiative. Durch die vorgeschlagene Entschliebung erhält die Bundesregierung bei ihren internationalen Verhandlungen eine zusätzliche politische Rückendeckung. Der Verteidigungsausschuß hat im Wege der Mitberatung den Ziffern 1, 3 und 4 einmütig zugestimmt. Die Ziffer 2 wurde vom Verteidigungsausschuß mit Mehrheit abgelehnt. Den Bedenken dieses Ausschusses hat der Verkehrsausschuß jedoch durch den Zusatz „soweit wie möglich und finanziell tragbar“ Rechnung getragen. In Ziffer 4 wurde lediglich das Wort „Zusammenarbeit“ durch die Formulierung „Integration“ ersetzt.

Bonn, den 14. Mai 1980

Ibrügger

Berichterstatte

